Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3975

05. 03. 95

Antrag

der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Marieluise Beck (Bremen) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Krise der Bremer Vulkan und Zukunft der maritimen Industrie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Zusammenbruch der Bremer Vulkan AG ist ein Lehrstück für verantwortungsloses Handeln von Konzern-Vorständen, die ohne jedes eigene Risiko Tausende von Arbeitsplätzen gefährden. Die Bremer Vulkan geriet trotz voller Auftragsbücher in Konkursgefahr, weil Vorstand und Aufsichtsrat eine abenteuerliche Expansionsstrategie ohne Rücksicht auf Kosten und Erträge betrieben. Groß, größer am größten – nach diesem Muster sollte die Vulkan zu einem Weltkonzern werden, und an diesem Größenwahn scheiterte sie. Allzulange ersetzten im Vulkan-Konzern politische Beziehungen und politische Protektion unternehmerische Entscheidungen und betriebswirtschaftliche Effizienz.

Besonders empörend ist die Veruntreuung von rd. 700 Mio. DM. Treuhand-Beihilfe für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Mittel sollten zinsbringend bei der Vulkan-Holding geparkt werden. Sie sind offenbar vertragswidrig für Verlustausgleich und Unternehmenskäufe des Konzerns verwandt worden. Das verstößt nicht nur gegen das europäische Recht, es ist damit zugleich ein kaum wiedergutzumachender Vertrauensverlust in Ostdeutschland entstanden. Es wirft ein Licht auf die mangelhafte Kontrolle von Treuhand-Geldern durch die Bundesregierung, daß diese Zweckentfremdung bis zur Zahlungsunfähigkeit des Konzerns nicht entdeckt wurde.

Der drohende Konkurs der Bremer Vulkan trifft die Industriestruktur an der Ostseeküste und an der Unterweser im Mark. Bei einem Zusammenbruch der Vulkan-Werften drohen die betroffenen Regionen dauerhaft zum wirtschaftlichen Armenhaus zu werden.

Auf Dauer können nicht Subventionen, sondern nur wettbewerbsfähige Kosten und Produkte den Schiffbau in der Bundesrepublik Deutschland halten. Das aktuelle Tankerunglück vor der walisischen Küste erinnert an den enormen Nachhol-

bedarf an Umwelt- und Sicherheitstechnik in der Seeschiffahrt. Die technischen Konstruktionen für Schiffe mit besseren Sicherheits- und Umweltstandards liegen längst vor. Um die entsprechende Nachfrage zu schaffen und damit auch die Beschäftigung auf den Werften zu sichern, müssen endlich die nötigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den zuständigen Landesregierungen, dem Vorstand und den Hausbanken der Bremer Vulkan ein Sanierungskonzept vorzulegen, das neue Perspektiven für den Schiffbau in Mecklenburg und an der Unterweser eröffnet. Insbesondere muß dabei die Modernisierung der Ostsee-Werften weitergeführt werden. Die für die ostdeutschen Werften vorgesehenen Investitionsfördermittel müssen diesen Standorten in voller Höhe zugutekommen;

2. dafür Sorge zu tragen, daß auch die westdeutschen Standorte des Vulkan-Verbundes in ihrem Kern erhalten bleiben und modernisiert werden;

3. kurzfristig einen Bericht über die Lücken im Subventions-Controlling und über die Verwendung der Fördermittel der BVS vorzulegen;

4. dafür Sorge zu tragen, daß in Bonn und Brüssel die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Seetransport sicherer und umweltverträglicher zu machen. Insbesondere sind die Anforderungen in bezug auf Sicherheitstechnik und die Schadstoffemissionen für Schiffe, die europäische Häfen anlaufen, zu verschärfen.

Bonn, den 5. März 1996

Werner Schulz (Berlin)
Marieluise Beck (Bremen)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333